

Wenn man diesen Paragraphen auch wie die Bäderelverordnung in jedem Hause aufhängt, so wird sich doch niemand daran richten.

Abg. Bebel begründet folgenden Antrag der Sozialdemokraten: „In allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten sind beide Ehegatten gleichberechtigt. Bei Meinungsverschiedenheiten über den ehelichen Aufwand entscheidet derjenige Theil, aus dessen Vermögen die Ehelasten zum größten Theil bestreit werden. Jedoch darf die Entscheidung den anderen Gatten in seiner Erwerbstätigkeit nicht schädigen. Für die Wahl des Wohnorts bleibt die Entscheidung desjenigen Ehegatten den Ausschlag, dessen Beruf für die Lebensführung der Familie maßgebend ist. Ein Gatte ist nicht verpflichtet, der Entscheidung des anderen Theils Folge zu leisten, wenn diese Entscheidung sich als Missbrauch des die Entscheidung treffenden Theils darstellt.“ Redner führt aus: Das Bürgerliche Gesetzbuch sei nur eine Etappe in der Entwicklung der Gesellschaft. Freilich ist die Jurisdiktion eine Wissenschaft, die den Thatsachen nachhinkt und der Entwicklung nicht folgen kann. Es ist richtig, daß vorläufig nur eine kleine Zahl von Frauen das verlangen, was wir beantragen, aber wenn man die Frauen darüber aufklärt, so würden sie sich alle auf unsere Seite stellen. Ich bin überzeugt, wenn heute statt Ihrer (nach rechts) Ihre Frauen hier säßen, so würden unsere Anträge mit großer Mehrheit angenommen werden. Wir halten es für selbstverständlich, daß die Frau dem Manne gleichgestellt wird, denn es geht heute schon zahlreiche Frauen, die wesentlich zum Unterhalt der Familien beitragen. Die Herren auf der Rechten versetzen diese Bewegung sehr mißtrauisch, aber das muß nichts, denn Anschauungen sind hier nicht maßgebend, sondern nur Thatsachen. Was hat es dann für einen Sinn, daß der Mann die Wohnung bestimmen soll auch in Fällen, wo die Frau die Familie ernährt? Nehmen Sie unseren Antrag an und Sie schaffen einen Zustand, wosfür Ihnen ein großer Theil des Volkes, namentlich der weiblichen, zu Dank verpflichtet ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Plank: Ich halte die Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind, die Stellung der Frau zu einer würdigen zu machen, für durchaus gerechtfertigt, denn das Ansehen, das die Frau in einem Staat genießt, ist charakteristisch für den Kulturzustand. (Sehr richtig!) Ich glaube aber, daß der Entwurf in dieser Beziehung alles gelhan hat, was möglich war, ohne berechtigte Interessen zu verleugnen. Der Entwurf trägt doch nicht ausschließlich den Rechten der Frauen Rechnung. Bei den Bestimmungen über die Ehe kommt nicht in erster Linie das Interesse der Frau, sondern das der Ehe überhaupt in Frage. Jeder muß einen Theil seiner Selbständigkeit opfern. (Sehr richtig!) Die Ehegatten sollen die Ehe so führen, wie es Treu und Glauben erfordern. Die §§ 1336 und 1337 sind insofern Leges imperfectae, als ein Zwang zu ihrer Durchführung nicht möglich ist. Wenn trotzdem die eheliche Gemeinschaft nicht auf die Dauer hergestellt werden kann, wenn die Vorschriften auf die Dauer nicht eingehalten werden, so bleibt natürlich nichts übrig als die Ehescheidung. Speziell der § 1337 muß bestehen bleiben, weil es nötig ist, daß sehr viele äußerliche und selbstverständliche Dinge da, wo sie nicht als selbstverständlich betrachtet werden, von einer Seite entschieden werden müssen. Wenn man sagt, daß es sich um selbstverständliche Fragen handelt, die ins Gesetzbuch nicht aufgenommen werden brauchen, so bin ich der Ansicht, daß das Gesetzbuch über keine Fragen Zweifel lassen darf. Dem Mann muß in derartigen Fragen die Entscheidung zustehen; treibt er Missbrauch mit seinem Recht, so braucht ihm die Frau nicht Folge zu leisten. Von einem einseitigen Durchsetzen der Interessen des Mannes wird keine Rede sein: die Interessen der Frau werden hier in höherem Maße gewahrt, als es bis jetzt der Fall war.

Abg. v. Dniembowski-Bomian (Bole) erklärt, daß er von dem Grundsatz ausgehe: mulier taceat in ecclesia, dafür aber sollte die Frau zu Hause keine untergeordnete Rolle spielen. Das Gesetz enthalte eine Anomalie, in § 1339 steht, daß die Frau das gemeinschaftliche Hauswesen zu leiten hat, und § 1337 bestimmt, daß dem Manne die Entscheidung in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten zusteht. Deshalb wäre es am besten, wenn man den § 1337 streiche.

Der § 1337 wird unter Ablehnung des Antrags Auer in der Kommissionssitzung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Die §§ 1338—1345, welche die Wirkungen der Ehe im allgemeinen behandeln, werden unter Ablehnung verschiedener sozialdemokratischer Abänderungsanträge in der Kommissionssitzung angenommen.

Die §§ 1346—1546 handeln von dem ehelichen Güterrecht.

§ 1346 bestimmt, daß das Vermögen der Frau der Verwaltung und Nutzung des Mannes unterworfen ist.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.) beantragt, den § 1346 in folgender Fassung anzunehmen: In Ermangelung von Eheverträgen, die güterrechtliche Stellung der Ehegatten betreffend, tritt Gütertrennung ein.

Abg. Auer (Soz.) beantragt, den § 1346 zu streichen und statt dessen zu lesen:

„Die güterrechtlichen Verhältnisse der Ehegatten sind nach dem Inhalt der vor Abschluß der Ehe zwischen den Eheleuten geschlossenen Eheverträge zu beurtheilen. Sind Eheverträge nicht geschlossen, so tritt Gütertrennung ein. Jedem Ehegatten steht das Recht selbstständiger Verwaltung und Veräußerung über das von ihm in die Ehe gebrachte oder während der Ehe erworbene Vermögen zu.“

Abg. Frhr. v. Stumm begründet seinen Antrag. Wenn der Entwurf auch in mancher Beziehung einen Fortschritt darstellt, so ist doch hier, in dem grundlegenden § 1346, ein solcher nicht zu verzeichnen. Die Bestimmungen dieses Paragraphen stehen geradezu im Widerspruch mit Sitz und Geley. Wir betrachten es sonst stets als eine Pflicht der Ritterlichkeit, daß die Frau einzutreten, und was thut nun das Geley? Das Mädchen, das bisher völlig dem Manne gleichberechtigt war, wird der Knechtlichkeit der Verwaltung des Mannes unterworfen und gewissermaßen zu einem Geschöpfe zweiten Ranges degradirt. Ihr Vermögen wird dem Manne zur beliebten Nutzung überlassen, sie wird dadurch vollständig von ihm abhängig. Der Mann kann die Frau in jedem Falle zwingen, selbst zu Dingen, die juristisch nicht erlaubt sind. Dies Verhältnis wird noch unnatürlicher, wenn die Frau ganz oder theilweise den Unterhalt erwirkt. Dies ist für die Würde der Frau doch geradezu unerträglich. In der Kommission sind keine durchschlagenden Gründe für die Fassung des § 1346 vorgebracht worden, man hat nur an den alten Vorurtheilen festgehalten. Man sagt zwar, die deutsche Frau hätte kein Talent, ihr Vermögen selbst zu verwalten, aber einem Mädchen oder einer Witwe gewährt man dieses Recht. Wird denn ein Mädchen, das bisher ihr Vermögen selbst verwaltet hat, auf einmal durch die Ehe plötzlich unfähig? Man wendet ein, es könne ja ein Ehevertrag gemacht werden, aber einmal ist ein solcher sehr kostspielig, und dann würde mancher aus Ehrgefühl sich weigern, einen solchen abzuschließen, manche Ehe würde vielleicht aus diesem Grunde nicht zu Stande kommen. Man beruft sich auf das Deutschtum und auf das alte deutsche Recht. Aber weder das alte deutsche noch das römische Recht hat einen inneren Zusammenhang mit dem Deutschtum. Es liegt auch mehr im Interesse des Deutschtums, Humanität zu pflegen, als barbarsche Ehrfurcht aus alter Zeit beizubehalten. Die Bestimmungen meines Antrages sind bereits in England eingeführt, und sämmtliche Verbesserte sind damit durchaus zufrieden. Nirgends

ist das Familienleben so glücklich wie in England, ich bin sonst gerade kein Freund der Engländer, ich wünsche aber, daß in Deutschland das Eheleben so glücklich wäre wie dort. Unter den Petitionen, die uns für eine Erweiterung der Frauenrechte in dieser Beziehung eingegangen sind, befinden sich auch die Unterschriften von 5000 Männern. Die Unzufriedenheit ist in Deutschland wahrhaftig schon groß genug, deshalb muß man sie durch solche Gesetze nicht noch größer machen. Deshalb müssen wir das große nationale Werk von diesem Matel befreien. Ich beschwöre Sie noch in letzter Stunde, befreien Sie die Frau von der Knechtlichkeit, welsen Sie ihr auch rechtlich die Stellung zu, die ihr in vollstem Maße gehört. (Beifall der Reichspartei und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bebel (Soz.): Es kommt nicht häufig vor, daß wir dem Herrn von Stumm Beifall spenden, aber ich glaube, daß es auch nur im Interesse des Herrn von Stumm liegt, wenn er sich auch mal in so angenehmer Stimmung befindet. (Große Heiterkeit.) Wir vertreten aus vollster Überzeugung den Standpunkt, den Herr von Stumm soeben dargelegt hat. In der idealen Auffassung der Ehe nicht zugemutet werden kann. Eine Ehe muß auf Grund gegenseitiger Einwilligung beider Ehegatten für kindlose Ehen aufrichtig zu erhalten und ebenso aus der Regierungsvorlage die Eheleistung als Ehescheidungsgrund wieder herzustellen. Ferner soll als schwere Verlehung der Pflichten zur Ehescheidung berechtigen nicht nur grobe Mißhandlung, sondern Mißhandlung, Beschimpfung, Verleumdung und rechtswidrige Bedrohung.“

Abg. Auer (Soz.): beantragt, § 1551 wie folgt zu fassen: Eine Ehe kann geschieden werden, wenn eine so tiefe Verzerrung des ehelichen Verhältnisses vorliegt, daß dem Ehegatten die Fortsetzung der Ehe nicht zugemutet werden kann. Eine Ehe muß auf Grund gegenseitiger Einwilligung beider Ehegatten geschieden werden, und ferner § 1552 der Regierungsvorlage, d. h. die Eheleistung als Ehescheidungsgrund wieder herzustellen.

Abg. Mundel (Frel. Bp.) befürwortet den Antrag Lenzmann. Es ist unsittlich, wenn man jemand zwingen wollte, in einem Eheverhältnis zu bleiben, das tatsächlich keine Ehe mehr sei. Selbst die Arbeiterpartei Gesetzgebung habe die Ehescheidung erleichtert.

Abg. Bebel führt zur Begründung des sozialdemokratischen Antrages aus, daß die Ehe heute keineswegs mehr die heilige, stilische Einrichtung sei, als welche man sie von gewisser Seite noch immer hinstelle. Die Mädchen würden heute auf offenem Markt angeboten, in einer eluzigen Sonntagsnummer des „Sozial-Anzeigers“ hätten 156, in einer solchen der „Börsischen Zeitung“ 55 Heiratsanzeigen gestanden. Redner appelliert an die Geistlichen im Centrum, die doch einen tiefen Einblick in das Familienleben hätten und sich sagen müßten, daß es das Traurigste sei, was man sich denken könnte, wenn Mann und Frau in unglücklicher Ehe lebten und nicht geschieden werden könnten. Die Annahme des Entwurfes würde in laufenden Fällen die bedenklichsten und traurigsten Folgen haben.

Geheimrat Maudry bekämpft beide Anträge als zu weitgehend.

Abg. Mundel (Frel. Bp.) befürwortet, auch noch folgenden Antrag als § 1551a neu hinzuzufügen: „Kinderlose Ehen können auf Grund der Einwilligung beider Ehegatten auf Antrag beider geschieden werden, wenn festgestellt ist, daß weder Ehefrau noch Ehemann, noch Übereilung, noch heimlicher Zwang bei einer oder der anderen Seite vorliegt, und die eheliche Gemeinschaft nicht mehr besteht.“

Sämtliche Anträge, zunächst zu § 155 (Verlehung der ehelichen Pflichten) werden abgelehnt, für die beiden stimmen nur die beiden freitragenden Parteien, die deutsche Volkspartei, die Sozialdemokraten und die Nationalliberalen: Dr. Bassermann und Hesse. § 1551 bleibt unverändert.

Herauf vertagt das Haus die weitere Berathung auf Freitag 11 Uhr.

Graf Mirbach beantragt, als zweiten Gegenstand die dritte Berathung des Margarinegesetzes auf die Tagesordnung zu setzen. Der Antrag wird jedoch abgelehnt.

Bei der Abstimmung über den Antrag Noxon-Schall zur Eheleistungsfreiheit im Bürgerlichen Gesetzbuch hat der Zentrumsbundestag gegen den Antrag gestimmt.

Deutschland.

L C. Berlin, 25. Juni. Die Berathung des Reichstags wird voraussichtlich erst Donnerstag oder Freitag nächster Woche erfolgen. Am Montag (Peter Paul) und Dienstag fallen die Sitzungen aus.

L C. Sezenüber widersprechenden Zeitungsnachrichten wird die Nachricht, daß von Dr. Faistrov in Sachen seines Buches „Sozialliberal“ die Veröffentlichung einer Erklärung verlangt werden ist, aus zuverlässiger Quelle bestätigt. Es handelt sich dabei nicht um eine sog. Ehrenerklärung für Herrn v. Berlepsch (dessen Ehrenhaftigkeit ja gar nicht in Zweifel gezogen ist), sondern um einen wirklichen Widerruf. Bei der allgemeinen Berurtheilung, welche dieses Antrage gefunden hat, scheint der Regierung etwas unheimlich zu Muthe zu werden.

Der Bundestag hat in seiner am Donnerstag abgehaltenen Sitzung den Gesetzentwurf wegen Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für 1896/97, sowie betr. die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere in der vom Reichstag beschlossenen Fassung, außerdem den Ausschussträger in den Sitzungen der Ausschüsse betr. Bergbau von Kakaopräparaten und Zuckerwaren, betr. die Revision der Ausführungsverordnungen zum Reichstempelgesetz vom 27. April 1894, betr. den Bericht der Kommission für die Prüfung der Zollinrichtungen und des Zollverwaltungskontrollenrats für Bremen und der Vorlage, betr. die Beschaffung von Wohnungen für die auf Kosten des Reichs zur Abwehr der Kinderpest an der Ostgrenze stationierten Gendarmen, die Zustimmung erhielt.

Die „Münch. Neuest. Nachr.“ melden: Der Prinzregent sandte in Erwidung eines Telegramms an den Verein ehemaliger Feldartilleristen in Magdeburg anlässlich seines 25jährigen Jubiläums als Chef des Magdeburgischen Feldartillerie-Regiments Nr. 4 ein Danktelegramm.

Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt: „Wie wir hören, ist der Polizeidirektor, Charakteristiker Polizeipräsident Graf von Schwerin in Hannover zum Polizeipräsidenten mit dem Range des Ober Regierungsräthe ernannt worden. Das hängt damit zusammen, daß das königl. Polizeiverwaltung in Hannover und Linden fortan von einem Polizeipräsidenten mit diesem Range geleitet werden soll.“

Das Panzerschiff „Kaiser“, Kommandant Kapitän zur See Zeuge, Divisionschef Kontreadmiral Tirpitz, ist am 24. Juni d. J. in Chefoo angelkommen.

Aus dem Gerichtsaal.

W Schneidemühl, 25. Juni. Gestern begann vor dem hiesigen Schwurgericht die Verhandlung der Anklagesache wider den Stadtverordneten und Kaufmann Ignaz v. Schrebnick aus Schneidemühl wegen betrügerischer Bankrott. Gestern wurde die Verhandlung zu Ende geführt und schloß mit der Freispruch des Angeklagten. Dieselbe wurde sofort aus der Haft entlassen.

Vermissches.

† Aus der Reichshauptstadt, 25. Juni. Der „Verein deutscher Geister“ hielt hier in den letzten Tagen seine

34. Jahresversammlung ab. Sie war sehr zahlreich von Mitgliedern aus allen Theilen des deutschen Reiches besucht. Dem Verein gehören gegen 400 deutsche Schäfer und Schäferfamilien an. Aus den Verhandlungen ist hervorzuheben, daß der Verein im letzten Jahre eine Ausgabe von 6387,99 M. zu bestreiten hatte und zur Zeit ein Vermögen von 12 265,23 M. besitzt. Außer technischen Vorträgen fand eine Predigt über die Geschäftslage in der Lederbranche statt. Dieselbe wurde zur Zeit als eine ruhige bezeichnet, um aber zu versüten, daß der deutsche Ledermarkt wiederum wie im vorigen Herbst durch eine Lederhause beunruhigt werde, wurde der Vereinsvorstand beauftragt, bei den zuständigen Reichsbehörden um Einführung und Veröffentlichung einer ständigen Statistik über das an sämtlichen deutschen Schlachthöfen zur Einschlachtung gelangende Vieh vorstellig zu werden, wonach man sich dann besser mit der "Einzelkettung" richten könne. Als Ort der nächstjährigen Generalversammlung wurde Dresden bestimmt, von wo aus ein Ausflug nach Freiberg zur Besichtigung der dortigen Gewerbeschule erfolgen soll.

Die unter dem Namen "Volkswirtschaftlicher Verein" incognito nach Berlin reisenden Wiener Antisemiten, welche morgen Abend hier eintreffen, sollten mit ihren heiligen Gesinnungsgenossen das erste Mittagessen gemeinschaftlich bei Kroll einnehmen. Die General-Intendantur der königlichen Schauspiele hat indes dem "B.C." aufzugeben in letzter Stunde die Hergabe der Säle für diesen Zweck verweigert, nachdem ihr bekannt geworden war, welcher Art dieser "volkswirtschaftliche Verein" sei.

Für beendet erklärt wurde gestern der Maurerstreit in einer von 2000 Personen besuchten Versammlung.

Gegen den Eigentümern und einige Angestellte der Edelschen Anstalt für Nervenkrankheit hat nach einer Charlottenburger Korrespondenz die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung eingeleitet, nachdem die Anstaltsleiter keine Miete gemacht haben, den Redakteur Knorr von den "Charlottenburger Nachrichten", der eine Reihe neuer in der Anstalt angeblich vorkommener Misshandlungen und noch schlimmere Dinge veröffentlichte, vor den Strafrichter zu ziehen.

Die heutige Einrichtung der Wörder Kurz und Woblan, die schon kurz erwähnt wurde, verlief ohne Zwischenfall. Um den Richtblock standen u. a. 14 Schuhleute mit einem Polizeileutnant und 6 Gendarmen. Zuerst wurde Kurz vorgeführt, der nach wie vor den Woblan als den allzeitigen Mörder des 82-jährigen Bahnwärters Schulz bezeichnet hat. Die Exekution verlief sehr schnell. Die Gehilfen Reindels legten, wie der "L.A." berichtet, mit Blitzeisen den Rumpf und den abgetrennten Kopf in den bereitgehaltenen Sarg, streuten Sägespäne und Wulchen und trockneten die Richtbank ab. Nun kam Woblan an die Reihe, der den Anzug trug, den er sich von dem geraubten Gelde gekauft hatte und in dem er s. B. ergriffen wurde. Bleich, alternd und schwarz bläulich, ging Woblan den letzten Gang. Drei Minuten nach seinem Austritt aus der Zelle war auch an ihm das Urteil vollstreckt.

Dr. Frix Friedmann ist (wie schon gemeldet) abgestorben. Er hat sich von hier nach Brüssel begeben. Die Veranlassung zu der schnellen Abreise ist nach dem "L.A." nicht die Furcht vor einem neuen Strafverfahren gewesen, sondern lediglich die Scheu, mit seiner Ehefrau zusammenzutreffen. Friedmann hat dieses Rencontre im Gerichtssaal und noch seiner Entlassung zu verhindern gewußt; er hat aber geglaubt, seinen Berliner Aufenthalt so kurz wie möglich bemessen zu sollen, da er sich vor dem Born der verlorenen Gattin nicht sicher fühlte. In Brüssel gehörte er über sein weiteres Schicksal sich schlüssig zu machen bezw. die letzte Hand an sein Buch, betreffend den Fall von Koze, zu legen.

Vokales

W. B. Im Zoologischen Garten fand gestern Abend das erste Konzert der russischen Volks-Kapelle der Frau Radjala Slavjanowsky unter recht reger Bevölkerung des Publikums statt, obwohl das Wetter dem Unternehmern nicht günstig war. Indem wir uns einen ausführlichen Bericht vorbehalten, wollen wir doch schon an dieser Stelle auf das zweite Konzert heut Abend hinweisen, und zwar mit der Ver sicherung, daß den Konzertbesuchern ein selten so schön und vollendet gebotener Kunstmusik in Aussicht steht.

In Unglücksfall. Die Schuhmacherfrau Gutowska von hier starb gestern Nachmittag in dem Hause Große Seestraße 42 die Treppe so unglücklich hinunter, daß sie sich einen Bruch des rechten Oberschenkel zog. Die Verunglückte wurde mittelst Krankenwagen nach dem Stadtkrankenhaus gebracht.

* Nebenbahneröffnung. Der Präsident des Reichseisenbahn amts macht im "Reichsanzeiger" bekannt: Im Bezirk der königl. Eisenbahn-Direktion in Breslau wird am 1. Juli d. J. die 18,509 Kilometer lange Thethirede Mexerig-Schwerin a. W. die im Bau begriffenen Nebeneisenbahn von Mexerig nach Landsberg a. W. mit den Stationen Glembsch, Poppo und Schwerin a. W. dem Betrieb übergeben werden.

Aus der Provinz.

Wongrowitsch, 25. Juni. [Das 51. Jahressfest des Posener Haupverbands der Gustav-Adolf-Stiftung] nahm gestern Nachmittag 6 Uhr mit einem Vortragsdienste seinen Anfang. Die Straßen, in welchen sich der Festzug zu bewegen hatte, waren mit Tannengrün, bezw. Triumpfbogen und Ehrenpforten geschmückt, die Häuser zeigten Flaggenfahnen. Schon von 2 Uhr Nachmittags an begann der Empfang der auswärtigen Gäste. Gestern Nachmittag hielt Warmer Schammer aus Pinne, und gestern Superintendent Kaulbach aus Gniezen die Festpredigt bei gefülltem Gotteshaus. An beiden Festabenden fand im Kunzelschen Volkgarten Freikonzert statt, verbunden mit wiederholten erbaulichen Ansprachen. Gestern Morgen 9 Uhr fand im festlich geschmückten Biegelschen Saale die Begegnung der Gäste statt. Superintendent Schulz begrüßte dieleben im Namen der Dütsche, Landratshauptverwalter Dr. Schreiber im Namen des Kreises, Konstistorialpräsident von der Größen vorstehe den Beginn im Namen des Vereins. Nach beendetem Begrüßungsfeier begann der Festzug nach der evangel. Kirche zum Festgottesdienste. Dem Buge ging eine Militärmusikkavalle voran. Dieser folgten die evangelischen Schulindern, dann die Ehrengäste und 35 Gefällige im Ordent. Darauf kamen der Festausschuss und Mitglieder der Kirchengemeinde. Die Musik spielte den Choral "Eine leste Burg ist unser Gott", und die Festgenossen sangen dazu. Nach der Andacht war Frühstückspause. Um 12 Uhr Vorm. begann die öffentliche Sitzung der Gustav-Adolf-Stiftung, an welche sich unmittelbar die der Luther-Stiftung anschloß. In der ersten verlas Konstistorialpräsident von der Größen den Jahressbericht. Provinzial-Schulrat, Geheimer Regierungsrath Volte, den Nassau-Bericht. Vorher wurde die Absendung eines Huldigungstelegramms an den Kaiser und eines Begrüßungstelegramms an den gleichfalls tagenden Brandenburger Provinzialverein beschlossen. Dem Jahress- und Nassau-Bericht zufolge hat der Posener Provinzialverein der Gustav-Adolf-Stiftung im abgelaufenen Vereinsjahr wieder einen erfreulichen Aufschwung genommen; wozu beigetragen habe, daß er die Rechte einer juristischen Person verliehen erhält. Der Ge- mark für kirchliche und Schulzwecke auf 4000 Gemeinden aus-

gezahlt. Der Gemeinde Ratsch in wurden 1000 M. zu Kirchenbauwerken bewilligt. Nach der Sitzung fand gemeinschaftliches Mittagessen im Biegelschen Saale statt, an dem sich etwa über siebzig Freiengenossen beteiligten. Hier brachte Konstistorial-Präsident b. d. Größen den Klosteroft aus. Herr Superintendent Schulz dankte den Gästen, besonders den Herren des Vorstandes. Geheimrat Volte dankte im Namen des Vereins für die so freundliche Aufnahme. Postmeister a. D. Höllerer dankte im Namen des Festkomites den beiden Herren Gefälligen, welche die Festpredigten gehalten. Am letzten Abend nach Beendigung des Konzertes und der Feier im Kunzelschen Garten richtete Superintendent Schulz noch Dankesworte an die Festversammlung, worauf der Choral "Run danket alle Gott", gemeinschaftlich gelungen wurde. Gegen 5 Uhr Nachmittags fand eine gemeinsame Spazierfahrt nach dem Königl. Walde statt, an welcher sich über 40 Wagen beteiligten.

X. Bromberg, 25. Juni. [Unsere Dragoner-Kapelle] - 3. Dragonerregiment - geht in den nächsten Tagen nach Berlin, um während zehn Tagen in der dortigen Ausstellung zu konzertieren. Für den Tag erhält die Kapelle 250 Mark.

Telegraphische Nachrichten.

Kiel, 25. Juni. Der Chef des Böblablinets Dr. v. Lucanus ist mit den Beamten des Böblablinets heute Mittag nach Potsdam zurückgekehrt, während General v. Hahnke vorläufig an Bord der "Hohenzollern" verblieben ist. Die heutige Frühstückstafel an Bord der Yacht zählte 30 Gedekte; u. a. waren eingeladen General-Oberst Graf v. Waldersee und der Kommandeur des Fußl.-Regiments "Königin". Oberst v. Bülden. Zum Nachmittagsthee um 4 Uhr waren 160 Einladungen ergangen. Im Anschluß an den Thee fand Konzert und Tanz an Bord statt. Die eingeladenen gehörten den Kreis der Marine, des kaiserlichen Yachtclubs sowie den Familien der Umgegend an. Der Kaiser begibt sich morgen früh an Bord der "Hohenzollern" nach Travemünde, wo derselbe an der Regatta teilnimmt. Die Kaiserin verbleibt morgen in Kiel und geht Abends auf einige Tage nach Blön zu reisen und Montag früh hierher zurückkehren.

Kiel, 26. Juni. Bei dem Handklop der gestrigen Segelregatta erhielt die Yacht "Meteor" den ersten "Baruna", die Yacht des Fürsten von Schaumburg-Lippe, den zweiten Preis.

Augermünde, 25. Juni. Bei der heutigen 50. Jahrestagung des Brandenburgischen Hauptvereins der Gustav-Adolf-Stiftung hieß der Generalsuperintendent D. Dryander die Festpredigt. Die große Leibesgabe wurde der westpreußischen Dalsborowgemeinde Podgorz zuerkannt.

Hamburg, 25. Juni. Der Vice-König Lt. Hung.-Tschanczki wohnte gestern Abend, wie gemeldet, der Galavorstellung im Circus Renz bei. In seiner Loge waren anwesend die Bürgermeister Berndmann und Mönckeberg sowie die Gemahlin des Letzteren, ferner die Senatoren Hirschmann, Burchard und Preußel, sowie auch der Graf und die Gräfin Waldersee.

Karlsruhe, 25. Juni. Der zum 70. Geburtstage des Großherzogs am 9. September in Karlsruhe stattfindende Jubiläum ist nicht zu einer großartigen Huldigung für den Großherzog gestaltet. Der Glanztag wird etwa 70 Gruppen mit 40 Festwagen umfassen und aus 12 Abteilungen bestehen. An diesen Festzug schließen sich noch eine Reihe weiterer Festakte, deren Programm später bekannt gegeben wird.

Wien, 25. Juni. Nach hier aus Konstantinopel vorliegenden Berichten wäre die Haltung der Lokalbehörden von Wan bei den Unruhen am 23. d. eine gute gewesen. Auf armenischer Seite betrage die Zahl der Opfer 400; auf türkischer Seite wäre diese gering. Armenische Aufständische, welche Wan verließen, hätten auf dem Wege zur Grenze türkische Dörfer geplündert und niedergebrannt. Der Oberkommissar, Marschall Schakir Pascha, befindet sich seit einigen Tagen in Begleitung des russischen Bökelnsuls von Erzerum und des Genieoffiziers Przevalsky in Sivas.

Denselben Berichten zufolge ließen in Konstantinopel Gerüchte um, daß ein Minister wechseln sich vorbereite.

Wien, 25. Juni. Die Blätter melden aus Bozen, daß sich auf der Südbahnstrecke Bozen-Franzensfeste zwischen Weidbruck und Ahwang im Eisackthal gestern Abend infolge eines Wollenbruchs eine gewaltige Felsmauer loslöste und das Schlehengeleise sowie die Brennerstraße in einer Länge von ungefähr 60 Metern verschüttete. Man hofft, die Verkehrsstörung bis Abend beseitigen zu können. Die Straße in das Sarnthal bei Johanneskofel wurde infolge des anhaltenden Regens durch das Hochwasser der Talser zerstört. Auch die Eisack ist stark geschwollen.

Großwardein, 25. Juni. Koloman Tisza gab heute seinen Rechenschaftsbericht ab; Tisza bedachte der traurigen Folgen des Parteihaders, ermahnte zum Festhalten am Liberalismus und lobte, daß Österreich nur glücklich sein, wenn es sich mit dem Königreich einig wisse, und die Dynastie könne nur glücklich sein, wenn unter ihr ein freies, glückliches Volk lebe. Die Rede wurde mit grossem Beifall aufgenommen.

Rom, 25. Juni. Der König hat folgenden deutschen Mitteilern des Komitees für die internationale Ausstellung in Belgien die Auszeichnungen verliehen, und zwar: von Hude das Offizierskreuz und Lieberman das Ritterkreuz des St. Mauritius- und Lazarus-Ordens.

Paris, 25. Juni. [Deputirtenkammer.] Bei der Begehung des Gesetzentwurfs, durch welchen die Frauen- und Kinderarbeit in Habiten geregelt wird, entwidelt Guesde die Lehren der Kollektivisten und Marxisten und führt aus, seine Partei wolle nicht die Unterdrückung des Kapitals, aber die der Kapitalisten, die Arbeiter sollen Mitbesitzer der einzelnen Unternehmungen sein, alle großen Unternehmungen sollen Staatsmonopole werden, die Bewegung sei in Fluss gebracht und werde trotz der Feinde seiner Partei fortgesetzt werden. Guesde gründet alsdann ein Amendent, wonach die Arbeit auf acht Stunden des Tages beschränkt wird, und führt aus, diese Reform würde eine Erhöhung der Löhne und der Produktivkraft herbeiführen. Der Arbeiter werde mehr verzehren und so werde ein neues Absatzgebiet geschaffen werden.

Paris, 25. Juni. Wie die Zeitung "Gesnément" aus guter Quelle erfährt, sind zwischen dem französischen Ministerium des Neuzern und der Postamt Verhandlungen in Bezug auf die Belebung von Schadames eingeleitet worden, um Katastrophen, ähnlich dem Überfall der Expedition Morès, vorzubeugen.

Der Brüsseler "Patriote" läßt sich übrigens aus Tunis melden, daß Morès nicht ermordet sei, sondern als Geisel von den Tuaregs zurückgehalten werde.

Paris, 25. Juni. Der Minister des Inneren Barthou holt gestern in Versailles eine politische Rede, worin er erklärte, man könne der Regierung keinen Vorwurf daraus machen, wenn sie die Erittoire, das Symbol des Friedens und der republikanischen Verbündung, gegen die rote Fahne, das Symbol der sozialen Revolution, vertheidige.

Paris, 25. Juni. Der Herzog von Nemours liegt im Sterben.

Paris, 25. Juni. [Prozeß Arton] Das Verhör Artons, welches ohne Zwischenfall verlief, beschränkte sich auf die Dynamit-Angelegenheit, da die Auslieferung nur hierfür bewilligt war. Morgen Fortsetzung.

Madrid, 25. Juni. Da die Angelegenheit Campos-Borrero endgültig beigelegt ist, hat der Kriegsminister den Arrest der beiden Generale aufgehoben.

London, 25. Juni. [Unterhauß] Chamberlain erklärt, die Regierung beabsichtige eine weitere Unterdrückung über den Einfall in Transvaal durch die Streitkräfte der Chartered Company vorzunehmen, sobald der Prozeß Jamison abgeschlossen sei. Der Parlaments-Untersekretär des Neuzeren Curzon erklärt, die Berichte des Bökelnsuls in Kreta bestätigen im Allgemeinen die Meldungen der Blätter über die Plünderung christlicher Dörfer. Es liegen keine authentischen Nachrichten darüber vor, daß türkische Truppen daran Theil genommen hätten; andererseits heißt es, daß moslemische Dörfer von Christen angegriffen und geplündert worden seien. Die Vertreter der europäischen Mächte seien angewiesen, die sofortige Durchführung folgender Maßregeln zu betonen: die Ernennung eines christlichen Gouverneurs, die Wiederherstellung des Vertrages von Halepa, die Einberufung der Nationalversammlung und eine allgemeine Amnestie. Curzon erklärte ferner, die Berichte des Bökelnsuls in Kreta über den Nothstand in dem dortigen Distrikte und über den von den Lokalbehörden ausgeübten Druck seien jüngst eingetroffen. Der türkische Regierung seien wiederholt ernste Vorstellungen durch den englischen Gesandtschafter gemacht worden. In Telegrammen des englischen Bökelnsuls in Wan werde über erste Rufe und Verluste an Menschenleben, die seit dem 16. Juni vorgekommen seien, berichtet. In den Telegrammen heißt es ferner, die Lokalbehörden und die regulären Truppen hätten sich gut benommen. Da der Sultan die lokale Vermittelung des englischen Bökelnsuls in Wan und einen von dem franz. Botschafter ernannten Delegierten verlangt habe, so seien diese jetzt in Gemeinschaft mit dem russischen und dem persischen Konsul bemüht, eine Lösung herbeizuführen. In Folge der Gefahr neuer Niedermeilungen in Diabek, welche die fortwährende Anwesenheit des jetzigen Balkans wahrscheinlich nicht abwarten werde, hätten der französische Botschafter und der englische Gesandtschafter dem Sultan und der Botschaft energische Vorstellungen hinsichtlich der Notwendigkeit der Entlassung des Balkan gemacht, aber noch nichts über das Ergebnis ihrer Vorstellungen gehört.

London, 25. Juni. Aus Bulawayo wird amtlich gemeldet: Das Fort Charter in Mashonaland ist von den aufständischen Eingeborenen eingeschlossen. Dieselben haben einen Wagenzug mit Lebensmitteln, welcher nach Gwelo unterwegs war, an, und plünderten die Station Mtaradella, wo sie 25 000 Flinten-Patronen erbeuteten. Eine aus 60 Mann bestehende Kolonne mit einem Maxim-Geschütz wird sofort von Bulawayo nach Mashonaland abgehen.

London, 25. Juni. Der Afrikareisende Stanley ist an einem beständigen Fieber erkrankt. Eine Abnahme der Kräfte ist indes nicht eingetreten.

Konstantinopel, 25. Juni. Auf Kreta haben in den letzten Tagen in den Bezirken Kyffamo, Selino, Sphakia, Kethymno, Aghiosfassili und Milopotamos zahlreiche hartnäckige Scharmütel stattgefunden. Die seitens der Türke unternommene Pacification der Insel durch offensives Vorgehen macht nur geringe Fortschritte. Abdullah Pascha hat noch 4 Bataillone und Gebirgsartillerie verlangt. Die Hauptstellungen der Aufständischen befinden sich zur Zeit in Kekodiki und Madaras im sphakiotischen Gebirge.

Konstantinopel, 25. Juni. Ioanaki Effendi, Griech., ist zum Kaimalam in Bettün ernannt worden.

Havana, 25. Juni. Die Aufständischen wurden bei zwei Zusammenstößen geschlagen und hatten einen Verlust von 35 Toten, darunter ihren Führer Octavio Hernandez.

Telephonische Nachrichten.

Eigner Fernsprechdienst der "Pol. Sta.".

Berlin, 26. Juni, Vormittags.

Über die Reichstagswahl in Schwed. wird gemeldet: Bis jetzt wurden gezählt für Holz (kreis.) 1445, für Sas-Jaworski (Pole) 993 Stimmen.

Die "Kreuztg." meldet aus Petersburg: Eine 15köpfige Räuberbande überfiel die Station Molosowo an der Baltischen Bahn, gerade als ein Personenzug dort anhielt. Zwischen dem Stations- und Bugpersonal und den Bassaglern andererseits und den Räubern andererseits entspannen sich ein blutiger Kampf. Vier Räuber sind tödlich verwundet worden, die übrigen entflohen.

London, 26. Juni. Der Generalagent von Transvaal übermittelte dem Staatssekretär Chamberlain ein Telegramm aus Transvaal, in welchem dem Bedauern Ausdruck gegeben wird, daß, wie man höre, die letzten Telegramme des Staatssekretärs Lyell als von einem feindlichen Geiste eingegeben angegeben worden seien; es sei nichts feindliches beachtet. Die Regierung von Transvaal wünsche lediglich mit der englischen Regierung in freundschaftlichem Sinne darauf hinzuarbeiten, die Schuldigen zur Bestrafung zu bringen, denn auf diese Weise würden beide Regierungen den Frieden und das Vertrauen in Süd-Afrika wieder herstellen.

Madrid, 26. Juni. Der Finanzminister hat die Erklärung abgegeben, die Nachricht, er sei ein Gegner des Gesetzentwurfs über die finanziellen Hilfssquellen Kubas, sei unbegründet. Die Meldung von einer Ministerkrise entbehrt demnach der Begründung.

Im Senat bezeichnete bei Besprechung der Antwort auf die Thronrede Simonez die Regierung in ihrem Verhalten gegenüber den Vereinigten Staaten als feige.

Handel und Verkehr.

W. B. Forst (Laufst.), 25. Juni. Auf der hiesigen Wollauktion wurden bei lebhafter Versteigerung von deutschen Schweißwollen und Rückenwollen sämtliche gut behandelte Wollen zu letzten Wollmarktpreisen verkauft. Baumwoll- und Kreuzungswollen waren vernachlässigt, ausgestellte Kapowollen zu letzten Auktionspreisen bis auf einige Lose, die zu hoch schätzten, geräumt.

* Budapest, 25. Juni. [Offizieller Saatenstaatsbericht.] Der erwartete Gesamtexport an Weizen wird auf 40 355 329 Meterzentner beziffert (definitives Resultat des Vorjahres 39 270 876), an Roggen auf 13 657 019 (Vorjahr 10 999 085), Gerste 12 020 461 (Vorjahr 10 905 751) und Hafer 10 891 520 Meterzentner (Vorjahr 10 264 598).

